

Vorwort

Das „Jahrbuch der Europäischen Integration“ begleitet nun schon seit 25 Jahren die Europapolitik. In diesem Zeitraum markiert das vergangene Jahr einen doppelten Höhepunkt: Die Europäische Union hat mit dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedern die bisher größte Erweiterung ihrer Geschichte vollzogen – nach den Feierlichkeiten am 1. Mai 2004 ist die Europapolitik in allen 25 Mitgliedstaaten bereits politische Normalität. Den zweiten Höhepunkt markiert die Verabschiedung des „Vertrags über eine Verfassung für Europa“ (VVE) durch die Staats- und Regierungschefs und seine Ablehnung in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden im Mai und Juni 2005 – diese riss die Europapolitik aus ihrer neu gewonnenen Selbstverständlichkeit.

Die Staats- und Regierungschefs verordneten sich daraufhin auf dem Gipfel am 17./18. Juni 2005 in Brüssel eine „Denkpause“. Nach den Jahren einer ‚Geschichte im Zeitraffer‘ trat das Begründungsdefizit der EU der 25 nun offen zutage: Es fehlt an Strategien im europapolitischen Denken, bei einem Voranschreiten der Integration. In allen Beiträgen des Jahrbuchs manifestiert sich der Grad der Normalität des europäischen Integrationsprozesses, während sich gleichzeitig die in fast allen Bereichen diskutierte Reformbedürftigkeit offenbart. In den Debatten bildet der Verfassungsvertrag den Orientierungsrahmen einer funktionierenden Ordnung für ein Europa der 25 oder mehr Mitgliedstaaten. Auch wenn das Schicksal des europäischen Verfassungsvertrags heute ungewiss ist, so bleibt kein Zweifel an der Notwendigkeit der Reform des bestehenden Vertragswerks. Es ist also durchaus denkbar, dass die Kernbestimmungen aus dem Gesamttext herausgefiltert und auf einem alternativen Weg in Kraft gesetzt werden. Dieses pragmatische Vorgehen darf eine Strategiedebatte jedoch nicht ersetzen. Neben den fast schon alltäglich gewordenen Schritten der Integration geben diese beiden Themen – Verfassungsvertrag und Strategie-debatte – die dominierenden Leitmotive des Jahrbuchs vor.

In der *Bilanz* hat sich im Gastbeitrag Wilfried Loth das 25-jährige Erscheinen des „Jahrbuchs der Europäischen Integration“ zum Anlass genommen, einen historischen Rückblick auf ein Viertel Jahrhundert Integrationsgeschichte zu verfassen. In den 25 Jahren seit dem erstmaligen Erscheinen des Jahrbuchs hat das gemeinschaftliche Europa seine Gestalt beträchtlich verändert, von damals 9 auf heute 25 EU-Staaten. Schon 2007 sollen weitere Mitgliedstaaten beitreten.

In dem Kapitel zu den *Institutionen der Europäischen Union* wird deutlich, dass das in den großen Reformrunden von Maastricht, Amsterdam und Nizza angepasste Vertragswerk nicht auf eine EU 30+ ausgerichtet ist. In den Beiträgen werden die Wege nachgezeichnet, die gesucht werden, um die Neujustierung der Balance zwischen den Institutionen und den Mitgliedstaaten auch in der Ratifizierungskrise voranzutreiben.

Die EU ist heute weit mehr als ein Ornament der Politik, ein Gegenstand von Pathos und Vision, wie zu Beginn der Integration in den 1950er Jahren. Dies verkörpert sich im Kapitel zu den *Politikbereichen der Europäischen Union*, in dem die auf europäischer Ebene wahrgenommene Kompetenzbreite und Regelungsdichte deutlich wird. Bei aller Kritik an der

Unübersichtlichkeit des Verfassungsvertrags, dieser hätte mit seiner Kompetenzordnung für mehr Klarheit gesorgt. Im Autorenkreis begrüßen wir erstmals Otto W. Singer (Kulturpolitik), Gabriel N. Toggenburg (Menschenrechtspolitik) und Stefan Lehner (Haushaltspolitik).

Das Gesamtspektrum der Kompetenzen, die über die Jahrzehnte des europäischen Integrationsprozesses auf europäischer Ebene wahrgenommen werden, wird auch im Kapitel zur *Außenpolitik der Europäischen Union* sichtbar. In den Beiträgen zeigen sich weniger die unterschiedlichen mitgliedstaatlichen Positionen – die noch in der Irakfrage so deutlich zu spüren waren – als vielmehr die Heterogenität der Ansprüche, die an die Union als kollektiver Akteur in der Entwicklungs-, Handels-, Außen- und Sicherheitspolitik herangetragen werden. Mit der Europäischen Sicherheitsstrategie hat die Europäische Union ein erstes Dokument vorgelegt, um ihre Interessen in der Welt strategischer fassen zu können.

Auch das Kapitel zur *politischen Infrastruktur* bleibt von dem durch die Verfassungskrise ausgelösten Beben nicht unberührt. Die Europäischen Parteien analysiert in diesem Jahr wieder Andreas Kießling. Die Konturen zwischen den Parteien treten markanter in Erscheinung, und auch in den innerparteilichen Diskussion findet eine Politisierung und Differenzierung der europapolitischen Positionen statt. Dies weckte in der öffentlichen Meinung jedoch wenig Interesse, die Beteiligung an den Europawahlen 2004 fiel weiterhin gering aus. Eine neue Strategiedebatte muss daher die Nähe zu den europäischen Bürgern suchen.

Zudem schwächt die Erosion der mitgliedstaatlichen Parteienstaaten auch die zentralen europapolitischen Akteure – nämlich die Regierungschefs in den „alten“ EU-Staaten wie Frankreich, Deutschland, Italien, Polen und Belgien. In den „neuen“ EU-Staaten, in erster Linie in Mittel- und Osteuropas, sind es die häufigen innenpolitischen Wechsel, die die jungen Demokratien prägen. Die alten und neuen Mitgliedstaaten vereint bereits im zweiten Jahr das Kapitel zu der *Europapolitik in den Mitgliedstaaten*. Eines haben alle Beiträge gemeinsam, die Europäische Verfassung war – vor allem nach der französischen und niederländischen Ablehnung – nicht nur in den Ländern ein Thema, in denen Referenden angesetzt wurden. Aus Finnland schreibt in diesem Jahr Petri Burtsov, Marij Leenders berichtet erstmals aus den Niederlanden und Sandra Boldrini aus Belgien.

In Bulgarien, Rumänien und der Türkei laufen die Beitrittsvorbereitungen. Neu im Kandidatenkreis ist auch Kroatien, hier informiert Siniša Kusić. Im Kapitel zur *Erweiterung der Europäischen Union* stellt der Türkei-Beitritt angesichts der Polarisierung in und zwischen den EU-Staaten einen Sonderfall dar. Das aus der Gemeinschaft der Sechs entstandene Europa steht vor der Aufgabe, auch seine kulturellen Grenzen neu zu justieren.

Das Kapitel zur *Europapolitik in anderen Organisationen* informiert über die Arbeit des Europarat und beleuchtet die EU-Position in den Vereinten Nationen. Wieder aufgenommen wurde auch der Beitrag zur OSZE, Hans-Georg Ehrhart berichtet.

Eine Chronologie, eine Zusammenstellung des europapolitischen Informationsangebots im Internet und eine umfangreiche Bibliographie im *Anhang* runden den Band ab.

Mit dem „Jahrbuch der Europäischen Integration“, einem Projekt des Instituts für Europäische Politik, ist in 25 Jahren eine Dokumentation europäischer Zeitgeschichte entstanden. Ohne die großzügige Förderung des Projekts durch das Auswärtige Amt war und ist das Jahrbuch nicht realisierbar. Unser besonderer Dank gilt insbesondere den Autorinnen und Autoren, die das Jahrbuch über so viele Bände begleitet haben und deren großes Expertenwissen die solide Grundlage und das unverkennbare Profil des Jahrbuchs bildet.